

## PETER KRATZ

# Neokonservatismus in der SPD

Peter Kratz war sechzehn Jahre wissenschaftlicher Mitarbeiter von SPD-Bundestagsabgeordneten, kandidierte 1994 für die PDS zum Bundestag und veröffentlichte 1995 das Buch »Rechte Genossen. Neokonservatismus in der SPD«.

»Oskar Lafontaine hat erst kürzlich ein brillantes 20-Punkte-Programm der Wirtschafts- und Finanzpolitik veröffentlicht. Sehr viel davon könnte er mit Kurt Biedenkopf, das meiste vermutlich auch mit Kohl und Waigel, aber keine zehn Prozent mit Gysi verwirklichen.«  
Klaus von Dohnanyi 1994

»Die Sozialdemokraten sagen nicht, daß Einschnitte in konsumtive Ausgaben nicht vorgenommen werden dürfen. Wir haben deshalb schon beim Sozialpakt einer Begrenzung etwa des Zuwachses der Sozialhilfe zugestimmt.«  
Oskar Lafontaine 1993

»Für einen Sozialdemokraten kann es nicht modern sein, Lohnsenkung und Sozialabbau zu fordern.«  
Oskar Lafontaine 1996

»In Ostdeutschland eilen die Löhne der Produktivität in der Tat zu weit voraus.«

Oskar Lafontaine kam beim Mannheimer Parteitag 1995 an die Spitze der SPD, nachdem er eine scheinbar internationalistische und pazifistische Parteitagsrede gehalten hatte. Was die depressiv gewordene Seele vieler Delegierter wie im Rausch tröstete, täuschte sie gleichzeitig darüber hinweg, daß der neue SPD-Vorsitzende zu den Verfechtern einer innen- und sozialpolitischen Wende nach rechts gehört. Schon in den 80er Jahren entfachte er gegen den Widerstand der Gewerkschaften eine Debatte um den Arbeitsbegriff und die Arbeitszeit der abhängig Beschäftigten: Man dürfe Arbeit nicht länger mit Erwerbsarbeit gleichsetzen, auch Hausarbeit gehöre dazu. Das klang nach Frauenemanzipation, doch schon sein Versuch, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, erstaunte: »Die Neudefinition der Arbeit hebt den Begriff der Arbeitslosigkeit auf«, meinte er 1988. Alles ist Arbeit und Arbeitslosigkeit gibt es gar nicht.

Damals entdeckte ein einsamer Theoretiker der Partei, der Ökonom Fritz Scharpf, den Beruf des Dienstmädchens als Arbeitsplatzreservoir wieder. Vor ihm war nur die FDP auf diese Idee verfallen. Seit dem Mannheimer Parteitag nun gehören »Haushaltshilfen« zum Arbeitsmarkt-Instrumentarium der SPD, beschlossen im wirtschaftspolitischen Leitantrag, den Lafontaine und der nordrhein-westfälische Wirtschaftsminister Wolfgang Clement erarbeitet hatten. Wohl dem, der sich Mägde und Diener leisten kann, sozialversicherungspflichtig versteht sich: Nachdem der Oppositionsführer im Bundestag, Rudolf Scharping, der Senkung des Spitzensteuersatzes auf vierzig Prozent zugestimmt hat, werden es wohl demnächst wieder mehr sein. Dann endlich sinken die Arbeitslosenzahlen!

Lafontaine gehörte auch zu den ersten in der SPD, die zugunsten unbegrenzter Maschinenlaufzeiten den Achtstundentag und das arbeitsfreie Wochenende inklusive des Sonntags in Frage stellten. »Ein guter Entwicklungsingenieur ist nie außerhalb seiner Arbeit«, meinte er 1993. Alles ist Arbeit und Freizeit gibt es gar nicht. Allzeit bereit zu stehen, auch dies ist heute Beschlußlage der Partei. Man nennt es »Zeitsouveränität« des Arbeitnehmers.

In der deutschen Sozialdemokratie hat eine Art Paradigmenwechsel stattgefunden, weg von Emanzipation und sozialer Sicherheit, hin zu den Interessen der Kapitaleigner, hin zum Lebensrisiko für Millionen. Der wirtschaftspolitische Leitantrag des letzten Parteitags schrieb den Wechsel unter der Überschrift »Arbeits-

plätze für Deutschland« fest. »Kostenentlastung der Wirtschaft« durch vielfältiges staatliches Handeln heißt die Parole, obwohl die deutschen Unternehmen in der letzten Dekade Gewinne einführen wie sonst nur zu Kriegs-Boom-Zeiten. Es war letztlich die Debatte um den »Wirtschaftsstandort Deutschland«, die bei der SPD den Rechtsruck zum Neokonservatismus bewirkte. Als die SPD-Führung mit der Asyl- und Blauhelm-Wende (»Petersberger Beschlüsse«) den europäischen Wohlstandsmarkt gegen seine Opfer, die Flüchtlinge, abschottete und gleichzeitig die militärische Sicherung von Drittweltmärkten möglich machte, erfüllte sie zwar bereits zentrale Forderungen der Kapitaleseite aus der Standortdebatte. Doch die wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen seit dem Wahljahr 1994 zeigen erst das ganze Ausmaß dieser Wende.

Die gesamte Parteiprominenz propagierte in der Zeit vor und nach der Bundestagswahl 1994 einen breiten Sozialabbau, der enorme Finanzmittel freisetzen soll, um einen gigantischen Umbau der Gesellschaft zu finanzieren: Deutschland soll vor allem als Ort der Kapitalverwertung für die Kapitaleigner attraktiv bleiben. Lohnende Gewinne lassen sich heute aber nur noch mit Hochtechnologie-Produkten machen. Um sie zu entwickeln, wollen die Konzerne Subventionen jeder Art aus der Öffentlichen Hand und Produktionsbedingungen, die ihnen Vorteile auf dem Weltmarkt verschaffen. Bei allem aktuellen Personenstreit der Sozialdemokraten: Von der Spitze der Partei bis hinunter zu den Fraktionen der Länder- und Stadtparlamente ist man sich einig, daß »Modernisierung der Gesellschaft« in den 90er Jahren nicht mehr gleichbedeutend ist mit Emanzipation, mit Kultur und Bildung für breite Massen oder gar mit »Mehr Demokratie wagen«, wie noch in den 60er und 70er Jahren. »Zukunft« heißt unter den maßgeblichen Sozialdemokraten nicht mehr, die Bedingungen der Möglichkeit für die allseitige Entwicklung der Persönlichkeit eines jeden Individuums zu schaffen. Die neuen Inhalte von »modern« lauten jetzt: Reduzierung der Lohnnebenkosten, Abschaffung von Schutzvorschriften, Einschränkung von demokratischer Mitbestimmung auf allen Ebenen, Formierung der staatlichen Institutionen im Bildungs- und Forschungsbereich auf die Bedürfnisse der Hightech-Konzerne. Peter Glotz, der Architekt der heutigen SPD-Politik, schrieb schon 1984 kategorisch: »Es muß klipp und klar sein, daß die Linke vernünftige Bedingungen der Kapitalverwertung in Deutschland garantiert.«

Die Partei setzte im Wahljahr 1994 ein deutliches Zeichen, als Kanzlerkandidat Rudolf Scharping den damals mächtigsten Industriemagnaten Europas, den Daimler-Benz-Chef Edzard Reuter, zu seinem wirtschaftspolitischen Ratgeber berief und ein Partei-Organ gründete, das man bisher nur von der CDU/CSU kannte: einen »Wirtschaftsrat«, für den er neben Reuter und anderen Managern des Finanz- und Produktionskapitals auch den Präsidenten des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI) und vormaligen IBM-Europa-Chef, Hans-Olaf Henkel, gewinnen wollte.

Reuter und Henkel stehen für Kahlschlag bei Arbeitsplätzen und Arbeitsschutz: Der eine schickte aus dem Verkehrs- und Hightech-Mischkonzern Hunderttausende in die Arbeitslosigkeit; der andere

setzte in der Computerbranche die Sonntagsarbeit durch. Auch der SPD-Sozialpolitiker Rudolf Dreßler stimmte dieser Richtung zu: Die Auswahl des neuen BDI-Chefs sei ein »Glücksfall«, denn Henkel verfüge nicht nur über wirtschaftspolitische Erfahrungen, sondern auch über »politische und gesellschaftliche Offenheit« für den »Umbau« von Sozialstaat und Gesellschaft. Das hörte sich bei Henkel so an: »Das Herumgeeiere über Umbau oder Abbau führt nicht daran vorbei: Wir müssen wirklich abbauen.« Und drei Monate später sagte er: »Wir müssen endlich einmal den Mut aufbringen, die ausgefertigten Leistungsgesetze auf den Prüfstand zu stellen.« Die bayrische SPD-Landesvorsitzende Renate Schmidt hatte sich schon im November 1994 nach einer Tagung des einflußreichen rechtssozialdemokratischen »Seeheimer Kreises« fast wortgleich geäußert und gefordert, den Kampf gegen den angeblich grassierenden Mißbrauch von Sozialleistungen zum Thema der SPD-Politik zu machen. Mitten in den Tarifauseinandersetzungen der Metall- und Elektroindustrie 1994 brachte die Sprecherin des SPD-Parteivorstands, Dagmar Wiebusch, eine Pressemitteilung unter der Überschrift »SPD und Gesamtmetall: Arbeitskampf muß vermieden werden« heraus. Solche Botschaften sind bereits verstanden worden. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, Hans-Peter Stahl, bescheinigte im März 1995 der baden-württembergischen SPD, ihre Politik sei besser auf die Zukunft der Wirtschaft ausgerichtet als die der CDU.

*»Winning Culture« als deutsches Weltmarktziel*

Beispiele des Paradigmenwechsels gibt es viele in der neuen SPD. Der Wechsel selbst jedoch wurde durch die Grundsatzdebatten der 80er Jahre vorbereitet, die der langjährige Vordenker der Partei, Peter Glotz, maßgeblich bestimmte. Heute haben sich seine Positionen in der Partei breit durchgesetzt, er kann sich zufrieden zurückziehen. Zehn Jahre nach seiner Garantieerklärung für die Kapitalverwertungsmöglichkeiten veröffentlichte Glotz gemeinsam mit dem früheren schleswig-holsteinischen SPD-Wirtschaftsminister Uwe Thomas im Frühjahr 1994 das Buch »Das Dritte Wirtschaftswunder. Aufbruch in eine neue Gründerzeit«. Es war ein heimliches Regierungsprogramm, mit dem die Konzernchefs überzeugt werden sollten, daß ihre Interessen auch im Falle eines SPD-Wahlsiegs gewahrt blieben. Der Buchtitel zitiert das 19. Jahrhundert als Programm, einschließlich aller sozialen und ökologischen Folgen. »Winning culture« heißt die Devise, explizit von Glotz in seinen Reden der letzten Jahre als Zielorientierung der Sozialdemokratie ausgegeben. Der Begriff aus fremder Sprache beinhaltet nichts anderes als die wilhelminische und faschistische Überheblichkeit derer, die andere zu Verlierern machen wollen – seinerzeit von der Sozialdemokratie noch hartnäckig bekämpft.

Der Politikwissenschaftler Claus Leggewie stimmte im April 1991 im SPD-Mitgliedermagazin »Vorwärts« das Parteivolk auf die neue Linie ein: »Die Außenpolitik der deutschen Sozialdemokratie darf nicht der verlängerte Arm von Pax Christi werden. Es gibt, im Zweifelsfall, in der Tat wichtigeres als den Frieden.« Glotz trat bereits 1992 für weltweite Kriegseinsätze der Bundeswehr ein,

denn Europa könne »nicht große Töne von einer Selbständigkeit spucken und immer dann, wenn doch einmal Soldaten notwendig sind, die Amerikaner bitten, die Sache zu erledigen«. Vor allem geht es um ökonomische Konkurrenz in der Weltmarkt-Triade, um Stücke vom Handels-Kuchen, die amerikanische GI's bisher für amerikanische Konzerne herauschneiden. Glotz und Thomas meinen, daß sich der europäische Wirtschaftsraum – faktisch deutsch geführt – die Welt untertan machen muß, daß überall Märkte, Rohstoffe, Humankapital zu erobern sind, wenn in Nordmitteleuropa Zukunft sein soll. Die Zielregionen der Expansion haben sie schnell abgesteckt: China und Ostasien, Indien, Osteuropa – Wachstumsregionen, in denen die schnelle Mark zu verdienen ist. »Hinzu kommen die Energie- und Rohstoffreserven von Rußland, Kasachstan und anderen Nachfolgestaaten der Sowjetunion«, heißt es in ihrem Buch begehrllich. In scharfem deutschem Ton fordern sie, die Hightech-Produkte des deutschen Hochkapitalismus als »Weltstandards durchzusetzen« und so die Weltmarkt-Konkurrenten aus Nordamerika und dem Fernen Osten auszustechen.

#### *Reichtum der Glücksritter als neues SPD-Ziel*

Die Gefahren der Hightech-Weltmarkt-Offensive sollen vergesellschaftet werden. In Risiko-Kapitalfonds sollen sich die Länder und der Bund verstärkt engagieren: mit Steuergeldern, versteht sich, denn die Unternehmer scheuen das Risiko, eigenes Geld *va banque* zu verspielen. Gleichzeitig sollen Großunternehmen und das Finanzkapital an der Gründung »junger« Unternehmen beteiligt werden, in denen der Erfindergeist »junger« Kleinunternehmer offenbar unter der Kontrolle der Konzerne bleiben soll. »Das Engagement erfolgreicher und erfahrener deutscher Unternehmer steuerlich zu fördern, wenn sie ihr Vermögen in Beteiligung an solchen Unternehmen anlegen«, heißt es verklausuliert, wo es um nichts weiter als um die Abschöpfung von Kreativität geht. »Dabei sollte das Streben der Gründer nach Reichtum und Ansehen nicht verteufelt werden, sondern als positiver Impuls anerkannt werden«, meinen sie scheinheilig mit Blick auf »eine junge Generation ...«, die aus den Großorganisationen ausbrechen und ihre Zukunft in die eigenen Hände nehmen will, die Hierarchien ablehnt und auf Kooperation setzt«.

Glotz und Thomas bezwecken die völlige Entfesselung kapitalistischer Produktionsbedingungen, um das »dritte Wirtschaftswunder« zu realisieren. Eine extreme Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter die Erfordernisse der Konzerne scheint ihr Ziel zu sein, vor allem der Erziehung und Bildung, der alten Felder emanzipatorischer Politik für die Parteilinke. Keineswegs denkt der Elite-Politiker Glotz daran, die Subventionen einer breiten Mehrheit in der Bevölkerung zugute kommen zu lassen: »Für rund tausend potentielle Gründer pro Jahr sollte ein erstklassiges Seminarangebot mit straff strukturierten praxisorientierten und branchenspezifischen Kursen entwickelt werden. ... Unsere Hochschulen sollten vielfältige Vorlesungs- und Seminarangebote von Praktikern aus der Wirtschaft und dem Kapitalmarkt, von Steuerberatern und Wirtschaftsprüfern schaffen, in denen die

Probleme und Chancen von Unternehmensgründungen für Studentinnen und Studenten und als Weiterbildungsangebot für Interessenten aus der Wirtschaft praxisnah dargestellt werden.«

*Ausschalten der gesellschaftlichen Interessengruppen*

Als bildungspolitischer Sprecher der Wahlkampfmannschaft 1994 verschärfte Glotz diese Aussagen noch: »Wir brauchen eine neue Bildungsidee in Deutschland, die Konturen eines Kern-Curriculums«, schrieb er in der Broschüre »Bildung – Forschung – Kultur«. Der Ton war militant: »Was will der neue Nationalstaat im Verhältnis zu seinen Nachbarn? ... Es ist unsere Aufgabe, aus verbeamteten Lehrkörpern und in Routine eingeschnürten Forschungsbeamten eine schlagkräftige, individuell zur Leistung motivierte Truppe zu machen. ... Einer der Schlüsselsätze in unserem Text läuft darauf hinaus, daß Wissenschaftspolitik den Mut haben muß, zwischen Erstklassigem, Durchschnittlichem und Schlechtem zu unterscheiden.« Solche Aussagen hatte man bisher nur von den Konservativen gehört, die Sozialdemokraten dagegen wollten die Schwachen fördern, statt die »Schlechten« einfach auszusortieren. In einem »Memorandum zur Innovationspolitik in Deutschland«, das Scharping, Glotz und Lafontaine im Mai 1994 vorstellten, wurde diese Art von »Zukunftspolitik« bekräftigt. Der Wirtschaft solle in den staatlichen Großforschungseinrichtungen »mehr Einfluß auf die Prioritätensetzung eingeräumt werden«, hieß es da. Der bisherigen Forschungspolitik fehle »eine konsequente Industrieorientierung, die das Ziel, neue Wachstumsmärkte mittelfristig zu gewinnen, realistisch erscheinen läßt«. Von der Emanzipation des Menschen – dem alten Ziel sozialdemokratischer Bildungspolitik – kein Wort mehr; die Kritik der Studentenbewegung an der Drittmittelforschung ist vergessen, statt dessen jetzt Formierung auf die Bedürfnisse der Hightech-Warenwirtschaft.

Glotz ging in seiner Broschüre noch weiter. Eine breite gesellschaftliche Debatte und Abstimmung über die Entwicklungsziele der Gesellschaft soll erst gar nicht zugelassen werden. Statt dessen sollen Experten entscheiden, nach Marktgesichtspunkten, nicht nach sozialen oder gar ethischen Kriterien. »Eine fachlich fundierte Auseinandersetzung um die Chancen des technischen Fortschritts ist eine ständige gesellschaftliche Aufgabe. Staat, Wirtschaft und Wissenschaft müssen systematisch zusammenarbeiten, um technologiepolitische Ziele zu setzen.« Die Gewerkschaften werden ebenso ausgegrenzt wie die neuen sozialen Bewegungen oder gar ethische und religiöse Interessengruppen. Mit dem wirtschaftspolitischen Leitantrag des Mannheimer Parteitags 1995 wurden die Glotz-Vorschläge zum Parteibeschuß: »Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu sichern und neue Märkte zu erschließen, brauchen wir einen industriepolitischen Dialog von Wirtschaft, Wissenschaft und Staat«, heißt es da – ohne die Gewerkschaften.

Die Strategen der Sozialdemokratie haben ein neues Idealbild: den Glücksritter. Glotz schwärmt vom »wagemutigen Unternehmer« und vom »freien Erfinder«; Lafontaine fordert staatliche Maßnahmen, damit mehr »Risikokapital« für die Hochtechnologie

bereitgestellt werde. Bisweilen nennt er es auch – der deutsche Doktor Faustus läßt mal wieder grüßen – »Wagniskapital«. Die Produktinnovationen für die Weltmarktoffensive sollen auf Teufel komm raus finanziert werden. Uwe Thomas schrieb 1995 in der sozialdemokratischen Theoriezeitschrift »Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte«, die Glotz als Chefredakteur leitet, über eine »Deregulierung von links«: »Wir brauchen dringend mehr ›Anarchie‹ des Kapitalmarkts durch Venture Capital und Öffnung der Börse für Newcomer und Störenfriede.« Dazu müsse »eine Börse, die risikoreich Kapital mit hohen Gewinnchancen anzulegen gestattet«, geschaffen werden. Was mit den Beschäftigten geschieht, wenn die Hasardeure Pleite gehen, darüber schwieg Thomas; doch seine Risiko-Börse steht nun im Mannheimer Parteitagbeschuß. So wirkt es sich aus, wenn die Gewerkschaften im »industriepolitischen Dialog« nicht mehr mitreden dürfen.

*Die deutsche Gemeinschaft als »Exportweltmeister«*

Was Glotz postmodern »winning culture« nennt, heißt bei Oskar Lafontaine treudeutsch »Exportweltmeister«. Und er meint es national. Das zeigte schon der Ort seiner Veröffentlichung, die Zeitschrift »Mut«. Das Blatt wurde unter den SPD-Bundeskanzlern bis 1982 im Verfassungsschutzbericht als rechtsextremistisch geführt und beweist durch seine kontinuierliche Heft-Nummerierung seit den 60er Jahren mit jeder Ausgabe erneut seine Herkunft aus dem militanten Neonazismus; »Mut«-Herausgeber ist ebenso kontinuierlich der frühere NPD-Bundestagskandidat Bernhard C. Wintzek. Hat die SPD keine besseren Zeitschriften mehr? Hier nun forderte Lafontaine im März 1995 »Mehr Kooperation statt Konfrontation« zwischen Kapital und Arbeit. »Moderate Tarifabschlüsse« und »strengste Ausgabendisziplin« seien nötig, »alle staatlichen Leistungen müssen überprüft werden. ... Es muß auch sichergestellt werden, daß die Sozialleistungen auf die wirklich Bedürftigen konzentriert werden.« Schon auf dem wirtschaftspolitischen Kongreß der SPD im Januar 1994 hatte Lafontaine sich für »ein entschiedenes Vorgehen gegen den Mißbrauch sozialer Leistungen« und »eine vorurteilsfreie Debatte über Löhne« ausgesprochen.

In der Debatte um den Arbeitsbegriff hatte Lafontaine 1988 gesagt: »Der Begriff der Arbeit sollte ... in Zukunft seine Bestimmung und Bewertung nicht in erster Linie aus der damit verbundenen Bezahlung erhalten, sondern daraus, inwieweit die Arbeit gesellschaftlich nützlich ist.« Wohin die Debatte geführt hat, machte er im April 1994 in der Wochenzeitung »Freitag« unter dem Titel »Zukunft der Arbeit: Kultargesellschaft als Prinzip« klar. Seine Argumentation mag als Klippschullatein erscheinen, zeigt jedoch, welches Verständnis von europäischer Kultur sich innerhalb der Sozialdemokratie breit macht und in wessen Interesse dies liegt. Die Stelle sei daher im Zusammenhang zitiert: »Mehr denn je ist Solidarität gefragt. Die Verpflichtung junger Menschen für das Gemeinwohl stand – auch etymologisch gesehen – am Anfang der republikanischen Idee. In dem Begriff ›res publica‹ – übersetzt: Die öffentliche Sache – steckt etymologisch das Wort ›pubes‹.

Unter dem Gesichtspunkt der sprachlichen Herkunft also ist die ›öffentliche Sache‹ einmal die Sache des ›Knaben‹ gewesen – kulturgeschichtliche eine Anspielung auf die Funktion der unverheirateten jungen Männer in den frühen römischen Gemeinschaften: Sie waren zu einer Art sozialem oder militärischem Dienst verpflichtet. Noch im 20. Jahrhundert empfinden wir es ja als selbstverständlich, daß junge Männer zum Wehrdienst eingezogen werden. Dabei nehmen wir hin, daß die Zivildienstleistenden relativ benachteiligt werden. Denn über die Möglichkeit, junge Menschen ganz allgemein zu einem sozialen oder ökologischen Dienst zu verpflichten, wird nur sehr zaghaft gesprochen. Durch eine solche Institutionalisierung der gesellschaftlichen Solidarität aber könnte manches Problem verringert werden.« So also muß man Lafontaines spätere Sätze aus »Mut« verstehen: »Deutschland braucht eine Modernisierungsstrategie« und »Die Investitionskraft der Unternehmen stärken«! Diese neuen sozialdemokratischen Rezepte kommen augenscheinlich von weit rechts her.

Wenn die Altlasten der industriellen Standorte von einem »ökologischen« Zwangsarbeitsdienst beseitigt werden, verringern sich nicht nur die Kosten für die Verursacher: die Stahl-, Elektro-, Chemie- und Energiekonzerne nämlich, die ansonsten für die gesundheitsbedrohenden Putzarbeiten horrenden Lohnzahlungen aufbringen müßten. Zudem verschwinden auch noch die Arbeitslosen von der Straße, ihre soziale Unterstützung kann eingespart werden – eine bewährte Strategie in Deutschland: »Der Adolf-Nazi hat doch vorgemacht, daß so etwas geht«, rumpelte Helmut Schmidt schon im Juni 1991 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung unbedacht los, allerdings mit Blick auf die Finanzierung der Infrastruktur-Investitionen in Osteuropa. »Für eine allgemeine Dienstpflicht« in Deutschland sprach sich im August 1994 auch Florian Gerster aus, inzwischen SPD-Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit in Rheinland-Pfalz. Es bestehe ein »Trend zur Entsolidarisierung der Gesellschaft« – nicht etwa durch das Bündnis der SPD mit den Starken, sondern durch die »Maxime der Selbstverwirklichung« des Individuums, die durch eine »allgemeine Dienstpflicht« zurückgedrängt werden könne. »Der Wehrdienst stünde gleichberechtigt neben den Diensten im Sozialwesen, dem Umweltschutz und der Entwicklungshilfe«, so Gerster. Bereits im Januar 1994 hatte er in der FAZ die Arbeitsfront im Innern durch die Kriegsfrente draußen ergänzt: »Echte Bedrohungen des Weltfriedens, wie sie mit dem Völkermord auf dem Balkan entstanden sind, erfordern keine Blauhelme, sondern – wenn überhaupt – Eingreiftruppen von modern ausgerüsteten Soldaten.«

Karl-Heinz Klär – einst der Bürochef des Parteivorsitzenden Willy Brandt, dann als Chef der Mainzer Staatskanzlei engster Vertrauter Scharpings und als Kandidat für den Bundesgeschäftsführer der SPD im Gespräch, heute Bundesratsbeauftragter des Landes Rheinland-Pfalz - nahm im September 1994 in der Zeitschrift »Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte« kein Blatt mehr vor den Mund: Man solle sich doch nicht »vom Alb (sic!) des faschistischen Reichsarbeitsdienstes stillstellen lassen«. Nötig sei jetzt »ein Zivildienst nicht bloß als Alternative zum Wehrdienst,

sondern als ein umfassendes, variables Pflicht-Angebot, Betonung auf Pflicht und Angebot, den Nutzen nicht nur der Gesellschaft, sondern auch der gezo-genen Individuen berechnend und mehrend: damit ließen sich viele Probleme anpacken, die unter den bestehenden Verhältnissen unlösbar erscheinen. Ich erwähne nur das Mißglücken von Berufsausbildung und Berufseinstieg in alljährlich Zigtausenden von Problemfällen oder die gesellschaftliche Integration von Jugendlichen aus Immigrantenfamilien.« Das freilich ist eine neue Dimension sozialdemokratischer Politik: Zwangsarbeit für Ausländerkinder, die als Lebenshilfe verkauft wird. Konzentrations-Besserungsanstalten für »Problemfälle« - wer definiert sie? Nach welchen Kriterien? Dazu fällt einem nicht viel mehr ein als »Arbeit macht frei«. Die Offenheit von Lafontaine, Schmidt, Gerster und Klär macht sprachlos.

### *Deutsche Gütezeichen*

Die andere Seite des innenpolitischen Neokonservatismus ist ein offener Imperialismus nach außen. Lafontaine hatte schon 1993 vor der Friedrich-Ebert-Stiftung gesagt: »Wir müssen die modernste Forschungslandschaft der Welt aufbauen, wenn wir pro Kopf die größte Exportnation der Welt bleiben wollen, was wir immer noch sind. ... Wir sind Exportweltmeister geworden, weil wir es in der Vergangenheit immer geschafft haben, Spitzenprodukte zu entwickeln und neue Technologien, die die anderen noch nicht hatten, und die wir dann auf den Weltmärkten plazieren konnten.« Wir – sind das wieder die Deutschen der Volksgemeinschaft, die ihre Produkte notfalls mit militärischer Gewalt zu plazieren versuchten? Man tut der heutigen SPD kein Unrecht mit dieser Assoziation, denn sie erinnert selbst an den wilhelminischen Imperialismus, dessen Krieg sie 1914 unterstützte: »Nur durch neue Produkte und Produktionsverfahren«, erklärten die SPD-Wirtschaftspolitiker aus Bund und Ländern auf einer Konferenz im Juni 1994, »kann der Standort Deutschland dauerhaft gesichert werden. Wir wollen, daß ›Made in Germany‹ auf den Weltmärkten wieder zum Gütezeichen internationaler Spitzentechnologie und deutscher Qualitätsarbeit wird«, wie es schon zu Kaisers Zeiten war, als dieses »Gütezeichen« – damals noch gegen Großbritannien gerichtet – erfunden wurde. Weiter hieß es in dieser Erklärung, die von Scharping und Lafontaine der Presse vorgestellt wurde: »Die Anstrengungen deutscher Unternehmen zur Erschließung neuer Märkte müssen durch eine aktive Außenwirtschaftspolitik unterstützt werden. Ein Land, in dem jeder vierte Arbeitsplatz vom Export abhängt, kann es sich nicht leisten, daß unsere Unternehmen auf den Auslandsmärkten nur deshalb das Nachsehen haben, weil sich die Regierungen unserer Konkurrenten wirksamer für ihre Unternehmen einsetzen.« Die SPD benennt die Feinde klar: »In den letzten Jahren hat uns die japanische und amerikanische Industrie abgehängt«, hieß es in einem Wahlkampfprospekt vom Herbst 1994; im Europa-Wahlkampf einige Monate vorher stand da noch »gnadenlos abgehängt«. Die antideutschen Grausamkeiten der Weltmarktkonkurrenten können noch furchterregender ausgemalt werden: »Auf dem Weg zur japanischen Kolonie?« fragte die Partei-Mitglieder-



zeitung »Vorwärts« 1993. Dagegen darf man sich wehren, siehe 1914.

Unverhohlener Chauvinismus spricht auch aus einem Flugblatt, mit dem die Gruppe der SPD-Europaparlamentarier zur Zeit für die Einführung der einheitlichen europäischen Währung »Euro« wirbt: »Die Währungsunion will die deutschen Stabilitätskriterien europaweit durchsetzen. Die starke Mark wird zum starken Euro. Deshalb gibt es strenge Beitrittskriterien zur Europäischen Währungsunion.« Verschwiegen wird, daß die ärmeren Regionen Europas im Osten wie im Westen das neuerliche deutsche Durchsetzen bezahlen werden. Es war Peter Glotz und nicht – wie viele glauben – Wolfgang Schäuble, der als erster den Begriff »Kerneuropa« als politisches Ziel verkündete, die Entrechtung und Entsolidarisierung der europäischen Armutsperipherie inbegriffen. Scharping legte dann im September 1994 »Vier Thesen zu einer neuen Ostpolitik« vor, in denen es hieß: »Wir sollten uns auf ein Europa unterschiedlicher Dichte einstellen«, einen Wirtschaftsraum der konzentrischen Kreise um Deutschland als Mittelpunkt, mit Wohlstandsgefälle von innen nach außen.

#### *Geopolitik »von Brest bis Brest-Litowsk«*

Glotz bekennt sich klar zum neuen Imperialismus. Er will die Gesellschaft nicht nur nach innen formieren, auf das Gemeinschaftsgefühl der Ethnie, der Volksgruppen und »Stämme«, für die er den Minderheitenschutz der Kulturen fordert, wenn er die Verschiedenheit des Wohlstands über Europas Regionen hinweg meint: Billiglohngebiete für die Konzerne. Glotz versteht sich heute explizit als »Geopolitiker« und schämt sich nicht der Geschichte dieses Begriffs. Seine Europapolitik zielt vor allem – hoch über den folkloristischen Tümeleien seiner »Stämme« – auf die Einheit des europäischen »Großwirtschaftsraumes«, wie er das alte Ziel der Europastrategien des deutschen Kapitals wieder ehrlich benennt. In seinem Buch »Der Irrweg des Nationalstaats« von 1990 z. B. bezog er sich positiv und offen auf das ethnopluralistische Europakonzept von Ernst Jünger, das dieser 1941 niedergeschrieben hatte. Daß Jünger der Kopf der vorfaschistischen »Konservativen Revolution« war und dann 1941 Besatzungsoffizier der Nazi-Wehrmacht in Frankreich, störte wohl nicht weiter. In diesem Buch bezog Glotz sich ebenso positiv und offen auf den »Konservativen Revolutionär« Giselher Wirsing und dessen geopolitisches Konzept von »Zwischeneuropa«. Wirsing entwickelte es kurz vor der Machtübertragung an die Nazis als einen Weg zur wirtschaftlichen Hegemonie Deutschlands über die Region vom Baltikum bis zum Balkan; als SS-Offizier in Rußland setzte er es später in die Tat um. Dies hinderte Glotz nicht, Wirsings »Zwischeneuropa« nun als Konzept für die Sozialdemokratie der 90er Jahre zu propagieren. Der IG Farben-Funktionär Carl Duisberg schrieb am Ende der Weimarer Republik: »Ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Odessa wird Europa das Rückgrad geben, dessen es zur Behauptung in der Welt bedarf.« Das Ziel ist geblieben. Peter Glotz schrieb 1990: »Das langfristige Ziel muß »Gesamteuropa« sein – ein voll integrierter Bundesstaat von Brest bis Brest-Lito-

wsk, vom Atlantik bis an die Westgrenzen der Sowjetunion.« Heute, nur fünf Jahre später, ist auch Odessa von den Sowjets frei.

### *Nationalgefühl statt Lohnerhöhung*

Die Politik der Sicherung optimaler Kapitalverwertungsmöglichkeiten für die Besitzer von Kapital war den Besitzlosen immer schon schwer zu vermitteln. In der SPD greift man dazu heute wieder auf den bewährten Kleister des Nationalgefühls zurück. Die gesellschaftlichen Risse, die immer breiter werden, z. B. weil Hochtechnologie eben keine Massenarbeitsplätze schafft, sollen gekittet werden. Peter von Oertzen, einst linker Flügelmann der Partei, forderte 1991 in der Zeitschrift »Mut« den Regierungsumzug von Bonn nach Berlin als Symbol, aus Gründen der nationalen Identität, nicht etwa aus dem Grund, die Arbeitsplätze in den früheren Ministerien Ostberlins zu erhalten. Der damalige Berliner Jugendsenator und jetzige SPD-Bundestagsabgeordnete Thomas Krüger brachte das Problem im Dezember 1993 in der SPD-Zeitung »Berliner Stimme« auf den Punkt. In der Debatte um den sozialdemokratischen Rechtsausleger Tilman Fichter – Bildungsreferent des Parteivorstands und für die Fortbildung der Parteifunktionäre zuständig – und dessen Buch »Die SPD und die Nation« stellte sich Krüger auf Fichters Seite und erklärte unter der Überschrift »Nation steht auf der Tagesordnung« den Sinn von Fichters Partei-Arbeit: »In einem klaren Bekenntnis zur Einheit der Nation besteht die unabdingbare Voraussetzung für tatsächliche Solidarität zwischen West und Ost. Warum sollte die Verkäuferin aus München solidarisch mit einer ihr unbekanntenen Lehrerin aus Dresden sein? Wie erklärt man dem Kumpel aus dem Ruhrpott, daß er eine Solidaritätsabgabe für Ostdeutschland zahlen soll und wie bewegt man die Arbeiter aus Brandenburg zur Unterstützung ihrer Kollegen in Niedersachsen?« Es sei Fichters Verdienst, den Begriff der deutschen Nation für die Politik der SPD gerettet zu haben, gegen den »kollektiven Selbsthaß der ›Linken««. Fichter selbst sagte im März 1994 in der »taz«: »Wenn die Arbeiter von Wuppertal in den kommenden Jahren auf zehn Prozent ihres Einkommens verzichten sollen, um Ostdeutschland zu reindustrialisieren, dann hat das mit der nationalen Frage etwas zu tun.« Die Frage, wie Ostdeutschland nach 1989 entindustrialisiert wurde, warum ein Unternehmen wie Robotron den Siemens-Produkten weichen mußte, stellt Fichter nicht. Aber er behauptet in seinem Buch allen Ernstes, die Gemeinschaftserlebnisse aus den »Schützengräben« der Weltkriege seien die neue Hohe Schule der Sozialdemokratie; und er findet das richtig.

Hier geht es nicht mehr um reale Arbeitsplätze, nicht um materiellen Wohlstand oder auch nur um die soziale Sicherheit vor Sorgen, Armut, Not. Hier geht es wieder einmal darum, den täglichen Sozialabbau mit der Idee der Nation zu kompensieren. Es ist das alte Lied: Die innenpolitische Formierung auf die Gemeinschaft soll stark machen für die außen(handels)politische Offensive. Dafür muß Verzicht geübt werden. Wolfgang Thierse kritisierte vielfach den angeblichen »Hedonismus« der Deutschen, die nicht zum Verzicht bereit seien und sich dem »unbegrenzten

Massenkonsum« hingäben. 1993 prangerte er auf einer Parteischulungskonferenz an, daß heute »das eigene Ich ... den letzten Sinnhorizont, das private Glück die letzte Instanz« seien; »die liberalistische Unverbindlichkeit, die Vergötzung der Individualität und die Sehnsucht nach Lebenskunst statt Lebenssinn haben entscheidend zur Labilisierung des gesellschaftlichen Zusammenhangs beigetragen.« Man hat offenbar mit den Menschen, die einfach nur angenehm leben wollen, wieder Höheres vor. Für Thierse ist es »die deutsche Kulturnation« – nur als geistiges Phänomen, versteht sich, denn Sinn hat für Antimaterialisten nichts mit Sinnlichkeit zu tun. Aber auch der Geist wird ausgedünnt. Thierse propagiert eine »Kultur der Bescheidung« und sagt seinen ostdeutschen Landsleuten unmißverständlich: das »staatlich alimentierte« Kulturniveau der früheren DDR sei »unter den heutigen Bedingungen so nicht zu halten«.

Seitdem die Massenarmut in Ostdeutschland sichtbar ist, wird aus der Sozialdemokratie heraus die Gelegenheit genutzt, in immer neuen Aufrufen und Erklärungen Konsumverzicht im Westen zu fordern. Was Lafontaine 1990 mit seinem »Lied vom Teilen« anrichtete, servierte 1992 Helmut Schmidt und Wolfgang Thierse mit Unterstützung des Daimler-Benz-Chefs Edzard Reuter in einem »Manifest für Deutschland. Weil das Land sich ändern muß!«. Ihr Appell an die Mehrheit der Bevölkerung lautete: »Zurückstecken und den Lebensstil ändern«. Das sei zwar schmerzlich, so die Millionäre, doch sei es jetzt nötig, freiwillig Verzicht zu leisten, um den inneren Frieden zu bewahren. Im Falle eines Krieges nähme die Bevölkerung dies ja auch auf sich, meinten die »Manifest«-Unterzeichner allen Ernstes. Glotz beschimpfte die Menschen, die seine Diäten und die Gewinne der Konzerne erarbeiten, 1994 in der »Süddeutschen Zeitung« unumwunden als »hedonistisches Pack«. Noch vor zehn Jahren machte die SPD für diese Menschen Politik. Die neokonservative Wende hat das gründlich verändert.